

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkonten: Dresden 55 527

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinbennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Pörsdorf, Pöselwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Fiele, Inh. Walter Fiele Verantwortlich: A. Kohnlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Labelartiger Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 17

Bad Schandau Freitag, den 21. Januar 1927

71. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Die Pariser Verhandlungen wegen der Befestigungen an der deutschen Ostgrenze wurden nach einer Havasmeldung gestern fortgesetzt. Besprechungen haben stattgefunden zwischen gewissen alliierten Sachverständigen und den beiden deutschen Delegierten.

* Die belgische Kommandantur und die belgische Wache haben gestern das Mächener Rathaus geräumt.

* In der gestrigen Sitzung des vierten Unterausschusses des Untersuchungsausschusses über die Kriegsschuldfrage wurde die im Sommer 1926 abgebrochene Aussprache über das Gutachten des Sachverständigen Abg. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ fortgesetzt.

* Mussolini hat den bekannten faschistischen Publizisten Tamaro zum Generalkonsul in Hamburg und den bisherigen Konsul in Smyrna Manzini zum Generalkonsul in Düsseldorf ernannt.

* Bei einer Gasexplosion in Sheffield (England) wurden 4 Personen schwer verletzt. Der Sachschaden ist sehr beträchtlich.

Frankreich und die Abrüstung.

Von R. Ling-Paris.

Von allen Punkten, die auf der Liste der deutsch-französischen Verständigung stehen, ist der der Abrüstung der empfindlichste und wird auch noch lange Zeit Schwierigkeiten machen. Daran ändert auch die Anwesenheit Briands im französischen Außenministerium nichts. So sehr auch die französische Linke eine Velleitung der deutsch-französischen Reibung fordert, so ist sie doch mit der Rechten darüber einig, daß eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes nicht in dem von Deutschland gewünschten Tempo erfolgen könne. Man muß sich in Deutschland über den Stand der allgemeinen Meinung in Frankreich fortwährend Rechenschaft geben, um sich nicht in Illusionen zu wiegen. Das große, allgemeine, sich über alle politischen Parteien Frankreichs erstreckende Motiv ist das der Furcht vor einem erstarrenden Deutschland. Wenn man auch nicht so töricht ist, an einen bevorstehenden Angriff Deutschlands zu glauben, so steht doch andererseits hinter allem der Gedanke, was wohl in zehn oder zwanzig Jahren werden wird. Der Glaube an die Wirksamkeit des Völkerbundes ist in Frankreich, trotz der leidenschaftlichen Verteidigung dieser Institution durch die äußerste Linke, nur noch bedingt. Ganz zu schweigen von den Rechten, die ganz offen die französische Völkerbundspolitik für verkehrt, wenn nicht für ein Verhängnis erklären. Die Lage ist heute so, daß Briand fast vereinsamt dasteht und nur von einem sehr geringen Teile der französischen Öffentlichkeit unterstützt wird, im Grunde nur von Blättern untergeordneter Bedeutung und sehr beschränktem Leserkreis. Geringe Hoffnung ist auf die größte Linkspartei, die der Radikalsocialisten, zu setzen. Diese Partei, der Zahl nach in der Kammer und im Senat sehr bedeutend, ist erstens in sich selbst gespalten und hat es bei den letzten großen Abstimmungen erlebt, daß ein Teil ihrer Mitglieder für, ein anderer Teil gegen die Regierung stimmte, und unterscheidet sich zweitens in der Außenpolitik durchaus nicht erheblich von Poincaré. Die Ruhrbesetzung Poincarés ist seinerzeit von demselben Herriot, dem Führer eben dieser Partei, gebilligt worden, wie sie später mißbilligt wurde. Folgerichtigkeit ist dieser Partei nicht eigen, und es sei hier daran erinnert, daß Herriot zur Zeit seines ersten Kabinetts vor zwei Jahren einmal eine so heftige, angreifslustige und so ganz in dem Tone Poincarés gehaltene Rede über Deutschland vorgebracht hat, daß er damals nur mit Mühe die Abkehr der Sozialisten und damit seinen Sturz verhindert hatte. Derselbe Herriot sitzt heute, als erster Repräsentant seiner Partei, im Kabinett Poincaré, und es wäre verkehrt, aus seiner Anwesenheit irgendwelche Vorteile für Deutschland in der Entwaffnungs- und Räumungsfrage zu entnehmen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß er und Painlevé, der Kriegsminister, mit Poincaré gegenüber den Briandischen Plänen einig sind, d. h. daß sie ihn in seinen folgerichtigen Gedankengängen nicht mehr begleiten. Wenn man bedenkt, daß diese beiden Männer als hervorragende Vertreter der Linken in das Kabinett Poincaré eingetreten sind, so kann man sich leicht vorstellen, wie die Stimmung im gesamten Kabinett ist, wo Männer wie Tardieu, der Verfasser des Versailler Textes, der beschränkte Marin, Führer der größten Rechtsgruppe, und der ebenfalls sehr rechtsstehende Leygues sich aufhalten. Deutschland ist auch heute noch in Frankreich der furchterregende oder verdächtige Nachbar, in keinem Falle ein wirklich für vollwertig erachteter Diskussionspartner.

Die Lage wird durch die in nicht allzu ferner Zeit bevorstehenden Neuwahlen zur Kammer erschwert. In etwa einem Jahr muß sich verfassungsgemäß die Kammer erneuern, was bedeutet, daß in wenigen Monaten die politischen Parteien bereits ihre Propaganda beginnen müssen. Die um Herriot wissen genau, daß jede Möglichkeit einer neuen radikalen Linkregierung mit ihm an der Spitze eine sofortige Auswirkung auf dem Devisenmarkt zur Folge haben würde. Diese Bewegung ist, jedesmal wenn sie eingesetzt hat, nicht etwa von außen erfolgt, nicht deshalb, weil das ausländische Kapital das Vertrauen zu Frankreich verloren hätte, sondern weil die französischen Kapitalisten Hals über Kopf, aus Furcht vor einer Vermögensverfallung, ihren Besitz ins Ausland verschoben hatten. Eine plötzliche und sehr große Nachfrage nach Golddevisen und ein starkes Angebot an Franken entstand, das die französische Währung jedesmal nach unten drückte. Eine neue Abwärtigung des Franken können die Herriotfreunde sich aber nicht mehr leisten; weil sie damit ihren politischen Gegnern die beste Waffe in die Hand drücken würden. Daraus folgt, daß

bei den kommenden Wahlvorbereitungen aller Wahrscheinlichkeit nach die Wahlparole auf innerpolitischem und nicht auf außenpolitischem Gebiet gesetzt werden wird. Alle Anzeichen deuten darauf hin. Wer es erlebt hat, wie im Frühling 1924, nach dem Sturze Poincarés und bei der Eröffnung der neuen Kammer, der Altersvorsitzende Binard unter größtem Jubel der Linksmehrheit in Tönen sprach, die wie die Verkündigung eines neuen Zeitalters klangen, und wer denselben Binard kürzlich unter gleicher Zustimmung der Mehrheit von Poincaré und seinen Verdiensten, von seiner „respektvollen Dankbarkeit“ und von dem großen Werk des neuen Kabinetts Poincaré sprechen hörte, der wird sich keine Illusionen mehr über die außenpolitische Haltung der Linken machen können. Man pflegt den Austausch von Schriftstellern, Rednern, Theater- und Kinofachleuten, man überseht deutsche Bücher, aber das hat auf die wirkliche Politik nicht den geringsten Einfluß. Es hat sich beispielsweise kein einziges großes französisches Blatt gefunden, daß die vor einigen Monaten veröffentlichten und von haarsträubenden Mißverständnissen und gewollten Verdrehungen strotzenden Deutschlandberichte des in Frankreich sehr gelehrten Schriftstellers Verard berichtigt hätte. Am Gegeenteil, jetzt wo sie in Buchform erschie-

nen sind, finden sich noch immer lobende Kritiken über diesen jetzigen Journalisten, der die Dinge in Deutschland so scharf gesehen habe. Wobei die allerwenigsten Pariser Journalisten in der Lage sind, auf Grund eigener Anschauung ernsthaft Kritik zu üben.

Wenn im Frühling 1924 die Kammerwahlen ganz unter der Parole der Aufhebung der Ruhrbesetzung standen, so werden die jetzt bevorstehenden heimeswegs unter dem Zeichen der Räumung des Rheinlandes stehen. Man wird sich um Reform des Wahlrechts, um Durchführung der Trennung von Staat und Kirche, um die Verwaltung des Elsaß streiten, aber die Außenpolitik dürfte in nur sehr geringem und kaum für Deutschland ins Gewicht fallendem Maße in die Debatte gezogen werden. Wenn Briand nicht, im Gegensatz zu seiner ganzen politischen Vergangenheit, den Mut aufbringen wird, die letzten Konsequenzen seiner Politik zu ziehen und eventuell bei dauernder und hindernder Feindseligkeit seiner Kollegen aus der Regierung auszutreten, so wird man kaum eine wirklich entscheidende Veränderung der Lage erwarten können.

Ein Appell Hindenburgs

Neuer Auftrag an Dr. Marx: Bildung eines Kabinetts der bürgerlichen Mehrheit

Berlin, 20. Januar. Reichspräsident v. Hindenburg hat heute nachmittag das nachstehende Schreiben an den geschäftsführenden Reichskanzler Dr. Marx geschrieben:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Die außen- und innenpolitische Lage des Reiches erfordert eine arbeitsfähige und starke Regierung. Die Regierung wird mit Erfolg nur dann arbeiten können, wenn sie sich auf eine Mehrheit im Reichstage stützen kann. Die Bildung einer solchen Mehrheit unter Einfluß der Linken ist zurzeit wenigstens nicht möglich. Der Versuch zur Beschaffung einer nur auf die mittleren Parteien gestützten Regierung ist gescheitert. Ich richte nunmehr an Sie, Herr Reichskanzler, das Ersuchen, die Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen Fraktionen des Reichstages mit tatkraftiger Beschleunigung zu übernehmen.

Ich appelliere gleichzeitig an die hierfür in Frage kommenden Parteien im Reichstage, persönliche Bedenken und Verschiedenheiten der Anschauungen im Interesse des Vaterlandes beiseite zu stellen, sich zur Mitarbeit unter Ihrer Regierung zusammenzuschließen und sich hinter einer Regierung zu vereinigen, die entschlossen ist, nicht für und nicht gegen einzelne Parteien, sondern getreu der Auffassung für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten. Diese neue Regierung soll, wenn ihr auch Vertreter der Linksparteien nicht angehören, dennoch die besondere Pflicht haben, in gleicher Weise wie andere Staatsnotwendigkeiten, die berechtigten Interessen der weiten Arbeitermassen zu wahren und in dem Bestreben, dem gesamten deutschen Volke in allen seinen Schichten zu dienen, die vor uns stehenden wichtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu lösen.

Mit der Versicherung meiner besonderen Wertschätzung bin ich Ihr ergebener

v. Hindenburg.

Das Echo des Hindenburgbriefes.

Berlin, 20. Januar. Der Vorstand der Zentrumsfraktion ist kurz nach 6 Uhr abends zur Besprechung der Lage nach der neuerlichen Beauftragung des geschäftsführenden Reichskanzlers Dr. Marx mit der Regierungsbildung zusammengetreten. Im Anschluß an diese Besprechungen hat sich auch die Gesamtfraktion versammelt und sich in längeren Beratungen mit dem gleichen Gegenstand beschäftigt. Die Fraktionsitzung wurde in später Abendstunde vorübergehend unterbrochen, um nochmals dem Fraktionsvorstand Gelegenheit zu eingehenderer sachlicher Beratung zu geben. Danach wird sich die Fraktion erneut versammeln, um, wie die M. erfährt, das Ergebnis der Beratungen in einem Schreiben an den Reichspräsidenten niederzulegen, in dem die Haltung des Zentrums bei den bisherigen Verhandlungen über die Regierungsbildung, und zwar sowohl bei den von Dr. Curtius wie auch den von Dr. Marx geführten eingehend dargelegt wird. In diesem Schreiben soll auch die Auffassung des Zentrums von dem an Dr. Marx erteilten Auftrag zur Regierungsbildung enthalten sein, wobei das Zentrum insbesondere auf die im Schreiben des Reichspräsidenten gemachten Ausführungen über den Umfang und die Bedeutung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit mit den übrigen bürgerlichen Parteien im Interesse des Volksganzen zurückgreifen will. Ob Dr. Marx gleichzeitig mit der Uebermittlung dieses

Schreibens der Fraktion seinerseits die zugehende Antwort auf das Schreiben des Reichspräsidenten abgeben wird, soll sich erst im Laufe der oben erwähnten letzten Fraktionsitzung entscheiden.

Das Zentrum zur Lage.

Berlin, 20. Januar. Ueber die heutigen Besprechungen der Zentrumsfraktion des Reichstages wird folgende Mitteilung ausgegeben:

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat am Donnerstag Berichte über die Regierungsbildung entgegengenommen. Sie erblickt in dem Scheitern der von ihr mit allem Ernst angestrebten Regierung der Mitte eine bedenkliche Verwicklung der politischen Lage. Damit ist ein Zustand geschaffen, der große staatspolitische Gefahren in sich schließt und länger nicht mehr verantwortet werden kann. Der erneute Ruf an die Zentrumsfraktion, die Regierungsbildung führend zu beschleunigen, stellt die Fraktion vor eine überaus verantwortliche Aufgabe. Bei der Inangriffnahme dieser Aufgabe legt die Fraktion Wert darauf, dem Lande gegenüber ihre außen- und innenpolitischen Grundlinien unter Berücksichtigung der neu geschaffenen Lage klar herauszustellen. Zu diesem Zweck wird die Fraktion am Freitag wieder zusammentreten.

Die Demokraten gegen das Kabinett der bürgerlichen Mehrheit.

Bruch mit Gessler?

Berlin, 20. Januar. Aus Kreisen der Fraktion der Demokratischen Partei im Reichstage erfährt die M., daß man in diesen Kreisen die Auffassung vertritt, daß Dr. Marx die Möglichkeit einer Regierungsbildung der Mitte nicht erschöpft habe. Er habe seine Bemühungen nach dieser Richtung vorzeitig abgebrochen. Man führt diesen Beschluß Dr. Marx' auf die Entscheidung der Deutschen Volkspartei zurück, die das Kabinett der bürgerlichen Mehrheit gefordert habe. Dr. Marx habe nach diesem volksparteilichen Beschluß mit den anderen Parteien der Mitte über ein Regierungsprogramm oder über personelle Fragen nicht weiter verhandelt. Die vom Reichspräsidenten vorgeschlagene Regierung werde eine Rechtsregierung mit ausgesprochener Tendenz nach rechts sein trotz aller gegenteiligen Versicherungen. Die Demokraten hätten keinerlei Veranlassung, einer solchen Regierung beizutreten. Was die Haltung der bisherigen demokratischen Minister angehe, so versichert man in den oben genannten Kreisen, Dr. Reinhold werde bestimmt Parteidisziplin halten, während im Falle des Reichswehrministers Dr. Gessler die Partei energisch darauf drängen werde, daß Dr. Gessler auf keinen Fall als Vertrauensmann angesehen werden dürfe und daß die politischen Beziehungen Dr. Gesslers zur Partei nicht aufrecht erhalten bleiben könnten, falls Dr. Gessler in die neue Regierung Marx eintrete.

Die Berliner Presse zur neuen Lage.

Berlin, 21. Januar. Die neue Lage der Regierungsbildung, die durch den Brief des Reichspräsidenten an den Reichskanzler Dr. Marx geschaffen worden ist, wird von den Morgenblättern eingehend erörtert. Den Ausgangspunkt bildet der gestrige Beschluß der Zentrumsfraktion.

Die Germania weist darauf hin, daß der Brief des Reichspräsidenten die Lage des Zentrums sehr erschwert habe und be-